



Schwerpunktprogramm 2025–2028

für die EVP Aargau in Ergänzung zum Parteiprogramm der EVP Schweiz

Wir unterstützen und setzen uns ein für ...

1. ... eine **Gesundheitsversorgung**, die Menschen und Kosten gleichermaßen berücksichtigt

Seit Einführung des KVG und der Verselbständigung der Spitäler schiessen die Kosten für die Gesundheitsversorgung in die Höhe. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Krankenkassenprämien und Selbstbehalte zu bezahlen - hält die Lohnentwicklung doch keinesfalls Schritt mit den steigenden Gesundheitskosten.

Forderungen / Massnahmen:

- Wir fordern ein Gesundheitssystem, das den Menschen ins Zentrum stellt
- Zugängliche Grundversorgung für alle, insbesondere auch für Kinder und ältere Menschen
- Transparenz, Vernetzung und Koordination sind ein Muss in der integrierten Versorgung
- Die Unterstützung von Palliative Care soll in der Bevölkerung verankert sein. Alle müssen wissen, wo sie sich Hilfe holen können in der letzten Lebensphase.
- Attraktivität der Gesundheitsberufe stärken und die Kompetenzen der Pflegepersonen als Ressource nutzen
- Entlastung der Notfallstationen durch Bekanntmachung triagierender Angebote (z.B. Notfalltelefon, Medical Guide App, Telemedizin, Beratung in der Apotheke)
- Das aufgrund des Fachkräftemangels entstandene Temporärbusiness zulasten der Gesundheitsversorgung unterbinden
- Reduktion von psychiatrischen Einweisungen durch Sensibilisierung für frühzeitige psychotherapeutische Hilfe

2. ... eine qualitativ hochstehende **Bildung**, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Potenziale fördert

Migration, die Allgegenwart digitaler Medien und der gesellschaftliche Trend zur Individualisierung setzen bewährte Systeme unter Druck und fordern identitätsstiftende gesellschaftliche Konventionen heraus. Dies führt in den Schulen zu neuen Herausforderungen durch eine grössere sprachliche und kulturelle Heterogenität und erhöht zudem die Bedeutung der Schule als Förderin einer demokratischen schweizerischen Kultur. Um in diesem komplexen Umfeld ihren Aufgaben gerecht werden zu können, benötigt die Schule kompetentes Personal, ausreichende Ressourcen und Strukturen, die der Aufgabenerfüllung dienen.

Forderungen / Massnahmen:

- (Wieder) mehr Herz und Hand: Reduktion kopflastiger Bildungsinhalte zugunsten besserer Förderung handwerklicher, kreativer und musischer Inhalte (z.B. Möglichkeit in Sek und Real zweite Fremdsprache zu ersetzen durch zusätzlichen Unterricht in TTG, Geschichte oder Musik, Reduktion Fremdsprachenunterricht in der Primarschule)

- Kulturvermittelnden Auftrag der Schulen stärken: Stärkerer Fokus auf Kompetenzen, die zur konstruktiven Partizipation an demokratischen Prozessen und zur Kenntnis der Kultureigenheiten der Schweizer Regionen befähigen, Bildungschecks auch für Fächer der Gesellschaftswissenschaften
- Konsequente Vermittlung der im Lehrplan definierten Grundkenntnisse im Fach ERG, insbesondere über die christliche Religion und Kultur
- Inklusion soweit möglich, Exklusion soweit nötig: Erhöhen der Tragfähigkeit der Regelschule durch teilseparierende Angebote (z.B. Lerninseln, Spezialklassen), Vernetzung zwischen Schulen (regionale Angebote) und Befähigung der Lehrpersonen (Angebote z.B. zu LP-SuS-Beziehung und Bindung in Aus- und Weiterbildung), Ausmerzung von Fehlanreizen im Ressourcensystem und Ausbau der Ressourcen für Integration
- Eine kantonal koordinierte Praxis zur differenzierten kompetenzorientierten Beurteilung (z.B. Einführung einheitlicher Kompetenzraster und entsprechender Bewertungssoftware)
- Übergang in die Lehre und in den Arbeitsmarkt stützen

3. ... nachhaltige **Energiegewinnung** und massvollen Energiekonsum

Energiepolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden, wobei kantonale Kompetenzen hauptsächlich im Gebäudebereich angesiedelt sind. Das Verbrennen fossiler Energien erwärmt das Klima und macht uns abhängig von (autokratisch regierten) Staaten. Für uns sind diese Energieträger deshalb keine Lösung mehr. Holz aus einheimischen Wäldern ist aber begrenzt und Wärmepumpen benötigen Strom. Von den erneuerbaren Trägern besitzt die Sonnenenergie aktuell das grösste Nutzungspotenzial. Für einen solchen Umbau der Energieversorgung gilt es, möglichst viel Energie im Winter zu produzieren oder im Sommer für den Winter speichern zu können und Energie massvoll zu konsumieren.

Forderungen / Massnahmen:

- Energieverbrauch verringern / Förderung des Energiesparens
- Winterspeicherung von Strom fördern
- Windkraft und Photovoltaik ausbauen
- CO₂-neutrale Wärmeverbände fördern
- Regionale Stromnetze ausbauen und an künftige Bedingungen anpassen

4. ... eine menschenwürdige **Sozialpolitik**

Armutsbetroffene finden sich immer stärker in einem Verteilungskampf: der Arbeitsmarkt fordert ein volles Engagement, das nicht alle bringen können, Versicherungen schliessen ihre Risiken aus, preisgünstige Wohnungen sind kaum mehr zu finden. Der Langzeitbezug von Sozialhilfe steigt. Verschlechtern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen minim, sind Menschen mit Einschränkungen und in prekären Arbeitsverhältnissen sofort stark betroffen und rutschen in die Armut.

- Kinder sollen nicht in einer Armutsfalle aufwachsen: Ergänzungsleistung (nicht rückzahlungspflichtig) anstelle Sozialhilfe könnte ihre Situation verbessern.
- Soll der Realität Armutsbetroffener begegnet werden, müssen die administrativen Hürden für Anträge bei Versicherungen, Sozialämtern usw. vereinfacht werden.
- Der Flickenteppich in der Sozialhilfe kann durch die regionale Zusammenarbeit und kantonale Koordination von Sozialdiensten ausgeglichen werden.

- Mietzinsobergrenzen bei der Sozialhilfe vom Kanton aus steuern
- Verschuldung als Lebensmuster ohne Ausweg muss thematisiert werden. Präventive Angebote für Jugendliche, die die Schule verlassen, für jungen Familien, Arbeitslose und Neupensionierte

5. ... eine **Klimapolitik**, die Ressourcen nachhaltig einsetzt, Biodiversität wirksam fördert und Netto-Null Emissionen erreicht

Immer mehr Menschen leben im Aargau. Sie benötigen Wohnraum, mehr Nahrungsmittel und nutzen die Verkehrsinfrastruktur. Gleichzeitig wollen wir der Natur ihren Lebensraum aus vernetzten Wäldern, Hecken und Blumenwiesen nicht verbauen. Dieser Flächenkonflikt ist herausfordernd.

Das Klima verändert sich viel schneller als früher. Der menschliche Ausstoss von Treibhausgasen und die Abholzung von Regenwäldern führt zu einem immer stärkeren Temperaturanstieg. Es ist unsere Verantwortung, unseren Anteil am Klimawandel zu begrenzen und uns an seine Auswirkungen anzupassen.

Forderungen / Massnahmen:

- ausreichende Wasserversorgung in Trockenzeiten sicherstellen (Wasserversorgungen über mehrere Gemeinden, sorgsamer Umgang mit Wasser)
- bebaute Flächen mehrfach nutzen und verdichtet bauen
- Bauen mit Holz statt Zement fördern
- Rasche Umsetzung Veloweggesetz
- Mehr Natur, weniger Beton in Siedlungsgebieten
- Bevölkerung sensibilisieren, damit weniger Mikroverunreinigungen wie Rückstände aus Medikamenten, Reifenabrieb, Dünger usw. ins Abwasser gelangen
- Kreislaufwirtschaft fördern

6. ...eine Gesellschaft, die **Suchterkrankungen** präventiv und therapeutisch entgegenwirkt

Pandemie und Kriege haben zu einem verstärkten Suchtverhalten geführt: Die Menschen blenden damit ihre Sorgen aus, verabschieden sich jedoch gleichzeitig aus der Realität. Drogenhandel auf öffentlichen Plätzen und bei Bahnhöfen gehören wieder zum Alltag. Neue Drogen und Mischkonsum belasten Psyche und Körper vieler Jugendlicher. Der lasche Umgang mit Cannabis und Alkohol wird für viele zum Problem, während die Mediennutzung (Social Media, Gaming) bei immer mehr Menschen ungesunde Formen annimmt.

- aufsuchende Jugend- und Suchtberatung
- Suchtprävention stärken
- bewussten Umgang mit mobilen Geräten und Medien fördern
- mehr niederschwellige Beschäftigungs-, Wohn- und Schlafmöglichkeiten für Süchtige
- Alkoholverkauf an Bahnhöfen und in Tankstellenshops nachts limitieren
- Therapieangebote für Gamesüchtige usw.

7. ... eine **Asylpolitik**, die kantonale Probleme entschärft

Im Asylbereich entzieht sich vieles der kantonalen Steuerbarkeit. Wie viele Personen in die Schweiz einreisen und wer hierbleiben kann, ist von Entscheidungen auf Bundesebene und internationalen Entwicklungen abhängig. Folglich haben kantonale Entscheidungen einen geringen Einfluss darauf, wie viele Menschen in die Schweiz kommen, jedoch einen erheblichen Einfluss darauf, wie schnell Integration gelingt und damit auch, wie längerfristig Sicherheits- und Sozialkosten vermieden werden können.

Forderungen / Massnahmen:

- kein Asylaufenthalt im Aargau ohne sinnstiftende Beschäftigung
- Kontakte zwischen MigrantInnen und der einheimischen Bevölkerung über Vereine sind zu fördern
- Integration erfordert klare Ansagen: Fördern und Fordern
- Erhöhung der Verpflegungs- und Taschengelder für Personen mit N, S oder F-VA-Status
- Begleitung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bis zum Ende ihrer Ausbildung
- Integration so gestalten, dass das Regelsystem (Schule, Arbeitgeber, usw.) nicht überfordert wird

8. ... verantwortungsvolles **Wirtschaften**

Die Wirtschaft muss verantwortungsvoll mit Menschen und Ressourcen umgehen. Sie soll dem Menschen dienen. Die Wende von einer reinen Wachstumsökonomie, die auf billiger Energie und billigen Rohstoffen fusst, zu echter Nachhaltigkeit wird immer dringender. Es braucht eine gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung, die sich am Gemeinwohl orientiert. Um Verantwortung wahrnehmen zu können, braucht es aber auch einen unternehmerischen Spielraum und unbürokratische Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Verhältnisse. Für nachhaltigen Fortschritt und Innovation.

Forderungen / Massnahmen:

- Bürokratie, die durch das Einwirken staatlicher Stellen entsteht, reduzieren und vereinfachen
- staatliche Anreize für Unternehmen, die Beeinträchtigte in den Arbeitsmarkt integrieren
- der Kanton soll als Arbeitgeber Arbeitsplätze für über 50jährige Arbeitssuchende zur Verfügung stellen
- öffentliche Aufträge des Kantons an Unternehmen, die Lernende ausbilden und die sich für die Integration Beeinträchtigter und Arbeitssuchender der Generation Ü50 einsetzen.
- nachhaltige Produktionsanlagen fördern
- bestehende Förderprogramme bekannt machen

9. ... die Förderung tragfähiger **Beziehungen**

Tragfähige Beziehungen sind das Rückgrat der Gesellschaft. Familien unterstützen, stützen, begleiten, betreuen, ... und dies unentgeltlich und zuverlässig über längere Zeiträume hinweg. Fehlende tragfähige Beziehungen führen nicht selten zu einem Mehraufwand für öffentliche Akteure in der Beschulung, der Pflege und Betreuung, der Erziehung oder bei Fremdplatzierungen. Kann die Qualität

von Beziehungen und damit die Anzahl tragfähiger Beziehungen erhöht werden, entlastet dies staatliche Akteure und damit auch den Finanzhaushalt.

Forderungen / Massnahmen:

- Förderung der lebenslangen Schulung von Beziehungskompetenzen (z.B. durch Leistungsvereinbarungen mit entsprechenden Bildungsanbietern oder Sensibilisierungskampagnen)
- Massnahmen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabhängig vom gewählten Betreuungsmodell fördern
- Bezahlbare Kinderbetreuungsangebote und Seniorenbetreuung zur Entlastung der Carearbeit
- Stärkung von niederschwelliger Kinder-, Jugend- und Familienberatung

10. ... moderne aber gleichzeitig bürgernahe **politische Strukturen** im Kanton Aargau

Das Misstrauen gegenüber Verwaltung und Politik hat sich mit Covid-19 erhöht. Es wird durch Parteien geschürt, die einander auf die nächsten Wahlen hin bekämpfen, anstatt gemeinsam Lösungen präsentieren.

Die kantonale Verwaltung will mit verschiedenen Massnahmen digitaler werden. Prozesse werden vereinfacht und dadurch günstiger. Einwohnerinnen und Einwohner können ihre Anliegen rund um die Uhr anbringen. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass Automatismen falsch implementiert werden und mehr Ärger als Nutzen verursachen, oder dass die Distanz zwischen BürgerInnen und der Verwaltung grösser wird.

Mit den Regionalplanungsverbänden (REPLA) und den regionalen Entwicklungsträgern verlieren die Bezirksstrukturen ihre organisatorische Bedeutung und demokratische Legitimation.

Forderungen / Massnahmen:

- Massnahmen, die das Vertrauen in Systeme und Institutionen erhöhen (u.a. Ombudsstelle, Whistleblowing-Stelle, ...)
- faires Wahlsystem auf Bundesebene unterstützen, um Unterlistenflut bei Nationalratswahlen zu vermeiden
- politischer Dialog, der das Vertrauen gegenüber Verwaltung und Politik fördert
- Reform der Bezirksstrukturen
- Hoheit über Fusionsentscheidungen soll bei Gemeinden bleiben
- Dienstleistungsorientierte Verwaltung
- Digitalisierung der Standardprozesse

11. ... eine bürgernahe und starke **Polizei**

Die Komplexität der Aufgaben der Kantonspolizei wächst. Herausforderungen sind das Bevölkerungswachstum, neue Gefahren im Cyber-Raum, vermehrter internationaler Menschenhandel. Der Datenaustausch mit dem Ausland funktioniert teilweise besser als unter den Kantonen. Die Diskussion um die Einheitspolizei zeigte Schwachstellen der dualen Polizeiorganisation, die behoben werden müssen.

Forderungen / Massnahmen:

- Menschenhandel und Clan-Kriminalität wirksam bekämpfen
- 1 Polizeikraft pro 700 Einwohnern für den Grundbedarf endlich erfüllen
- bei Verkehrsunfällen, Diebstählen und häuslicher Gewalt gleiche Kompetenzen für die Regionalpolizeien (Repol) und die Kantonspolizei (Kapo)
- eine polizeiliche Anlaufstelle für alle Anliegen der Bevölkerung
- bessere Vernetzung von Basis und kantonaler Führung
- Sicherheitseinsätze auch für Repol
- Weiterbildungen und gemeinsame Sicherheitsübungen (taktische Trainings) Repol + Kapo

12. ... einen stabilen **Kantonshaushalt** bei nachhaltiger Aufgabenerfüllung

Nachdem 2015-2017 ausgedehnte Massnahmen zur Sanierung des Kantonshaushaltes durchgeführt werden mussten, konnten in den vergangenen Jahren stets positive Rechnungsabschlüsse erreicht werden. Dies war zu einem wesentlichen Anteil nur möglich, weil bedeutende Investitionen aufgeschoben wurden. Hier läuft der Kanton Gefahr, zwar kurzfristig zu sparen, dafür aber kommende Generationen mit ungelösten Problemen zu belasten.

Forderungen / Massnahmen:

- Umsetzung dringend notwendiger Investitionen haben Priorität vor Steuersenkungen (insb. Bau und Erneuerung von Schulen, Stärkung der Volksschule, Stärkung ökologische Infrastruktur, Entlastung unterer Mittelstand)
- bei Finanzierungsfehlbeträgen in der mittelfristigen Planung des Kantonshaushalts sind sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitige Massnahmen umzusetzen
- Sanierungsmassnahmen dürfen nicht zu einem Dienstleistungsabbau für die Ärmsten führen